



WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 08.05.2013

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
am Dienstag, 14. Mai 2013, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.03.2013

NEUE ANTRÄGE

2. 13-F-33-0040

Projekt HaLT!

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Der Ausschuss möge *beschließen*:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Erfahrungen im Jahr 2012 beim Projekt HaLT! gemacht wurden.

Insbesondere soll dabei auf folgende Punkte eingegangen werden:

- Anzahl und Dauer der einzelnen Rundgänge.
- Zahl der angesprochenen Jugendlichen und wie viele davon weiter betreut wurden.
- Anzahl der erneut auffällig gewordenen Jugendlichen.

- Eine quantifizierte Angabe der wichtigsten kurzfristigen Maßnahmen sowie eventueller mittel- bis langfristiger Maßnahmen (länger als der nächste Morgen).
2. Wenn zu den unter 1. angesprochenen Punkten keine oder nur teilweise Zahlen vorliegen, sollen diese zukünftig erhoben und dem Ausschuss jährlich berichtet werden.
 3. Der Magistrat wird gebeten über die Arbeitsteilung der Kooperationspartner Landespolizei, Ordnungsamt (Stadtpolizei) und Amt für Soziale Arbeit zu berichten.

3. 13-F-03-0045

Wiesbaden nazifrei
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 07.05.2013 -

Für den 1. Mai hatten die *Jungen Nationalen* in Wiesbaden eine Demonstration und eine Kundgebung angemeldet, letztere wurde im Rahmen der Vorgehensweise der Wiesbadener Verwaltung genehmigt und konnte stattfinden. Gegen diese Veranstaltung formierte sich breiter Widerstand aus der Wiesbadener Bevölkerung, woraufhin der Antragssteller die Kundgebung, die auf dem Bahnhofsvorplatz hätte stattfinden sollen, absagte. Das gesamte Geschehen wurde von einem sehr großen Polizeiaufgebot, das letztlich zur Untätigkeit verdammt war, flankiert.

Der Ausschuss möge daher beschließen,

der Magistrat wird gebeten,

Um sich gegen die neuen Strategien der Neonazi-Gruppierungen (Anmeldung von Demonstrationen/Kundgebungen am gleichen Tag in nah beieinander liegenden Orten, um dann nur die erfolgversprechendste Option zu wählen) besser behaupten zu können, verbietet die Stadt Wiesbaden Veranstaltungen dieser Art.

4. 13-F-08-0036

Christopher Street Day
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Am 3. August 2013 wird auch in Wiesbaden wieder der Christopher Street Day (CSD) begangen. Der Verein Warmes Wiesbaden organisiert an diesem Tag unter der Schirmherrschaft von Ministerin Kristina Schröder gemeinsam mit dem Kulturzentrum Schlachthof die Veranstaltungen zum CSD.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird gebeten, ein Zeichen zu setzen und wie schon im Jahr 2012 auch in diesem Jahr wieder die Veranstaltung zum CSD auf dem Kulturparkgelände sowie ihre Ziele zu unterstützen und zu veranlassen, dass am 3. August 2013 am Wiesbadener Rathaus die Regenbogenflagge gehisst wird.

5. 13-F-08-0037

Internationaler Tag der Homophobie
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Am 17. Mai 2013 findet der jährliche internationale Tag gegen Homophobie statt. Der Verein Warmes Wiesbaden e.V. organisiert an diesem Tag in Zusammenarbeit mit der AIDS-Hilfe Wiesbaden am Hauptbahnhof eine Aktion unter dem Titel "Rainbowflash".

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat der Stadt Wiesbaden wird gebeten, ein Zeichen zu setzen und die Aktion zum internationalen Tag gegen Homophobie am Hauptbahnhof sowie ihre Ziele zu unterstützen und zu veranlassen, dass am 17. Mai 2013 an der Reisinger Anlage die Regenbogenflagge gehisst wird.

6. 13-F-08-0038

Sachstand "Rufnummer 115"
- Antrag von Linke&Piraten vom 07.05.2013 -

Im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration wurde am 16. März 2010 von Seiten des Magistrats zur einheitlichen Servicenummer 115 auf einen Antrag der damaligen Fraktion Linke Liste berichtet, dass Wiesbaden aus Kostengründen seinerzeit keinen Beitritt zu dieser Servicenummer plane. Dies sei nur angezeigt, wenn die Pilotprojekte auch entsprechende Akzeptanz bei der Bevölkerung vorweisen könnten.

Mittlerweile nehmen 300 Kommunen deutschlandweit an dem Projekt teil, davon 115 alleine in Hessen. In unmittelbarer Umgebung sind Frankfurt, Hofheim, MTK, Offenbach und Mainz angeschlossen.

Seit 2010 hat sich das Angebot der Behördennummer deutlich erhöht. Bürgerinnen und Bürger können die Angebotsnummer in den beteiligten Kommunen vom Mobilfunknetz anrufen. Vom Festnetz aus ist die Nummer zum Ortstarif erreichbar und damit auf Grund der Flatrates in vielen Fällen kostenlos. Insgesamt können fast 25 Millionen Menschen bundesweit die „115“ für Fragen an die Verwaltung nutzen.

Mit Internettelefonie, Bild- und Schreibtelefon konnte beispielsweise die Barrierefreiheit deutlich erhöht werden, sodass mittlerweile auch Gehörlose bundesweit Anschluss finden.

Wiesbaden als Landeshauptstadt nimmt leider an dem Projekt nicht Teil.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Erfahrungen andere Kommunen mit dieser Servicenummer gemacht haben;
2. mit welchen Kosten die Stadt Wiesbaden für einen Anschluss an diesen Service zu rechnen hätte;
3. ob sich durch den Anschluss lokal Entlastungen in Wiesbaden ergeben würden.

7. 13-F-33-0041

Jugendkriminalität in Wiesbaden
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -
Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über die Kriminalstatistik für das Jahr 2012 zu berichten. Insbesondere soll hierbei der Bereich Jugendkriminalität mit folgenden Aspekten beleuchtet werden:

- a) Die Entwicklung der Zahlen bei "Körperverletzungen auf Straßen, Wegen und Plätzen";
- b) Die Entwicklung im Vergleich zu Städten in der Umgebung bzw. vergleichbaren Städten.

8. 13-F-33-0042

Mittelverwendung des Ausländerbeirats
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 07.05.2013 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten dem Ausschuss eine Übersicht über die Finanzierung von integrationsfördernden Maßnahmen durch den Ausländerbeirat zu geben. Diese Übersicht soll, wenn möglich, auch diejenigen Maßnahmen enthalten, deren finanzielle Förderung abgelehnt wurde.

ANTRÄGE MIT VORLAUF

9. 12-F-33-0126

Beleuchtung des Mauritiusplatzes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 01.11.2012 -

ANLAGE

10. 12-F-33-0127

Diebstahl auf Friedhöfen
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 05.11.2012 -

ANLAGE

11. 13-F-33-0003 / 13-V-80-8008

Open Data
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2013 -

ANLAGE

12. 12-F-03-0008

Wiesbaden ist FairtradeTown?
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 23.01.2012 -

ANLAGE

NEUE SITZUNGSVORLAGEN

13. 13-V-07-0002

DL 11/13-1

Zusätzliche Ordnungskräfte im Rahmen eines Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes

14. 13-V-31-0001

DL 14/13-4, 12/13-4

Bußgeldkatalog für die Verordnung zur Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

15. 13-V-30-0003

DL 09/13-9

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X
(Wiesbaden-Naurod/Auringen)

16. 13-V-30-0004

DL 14/13-3, 12/13-3

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden VIII
(Wiesbaden-Kloppenheim/Heßloch)

17. BERICHT DER DEZERNENTIN

17.1 12-F-33-0018

Integrationsbeauftragte in den Ortsbeiräten

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 18.01.2012 -

ANLAGE

17.2 11-F-03-0049

Moscheebau in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.08.2011 -

ANLAGE

18. VERSCHIEDENES

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek
Vorsitzender